

NZZ am Sonntag

China

Wandel durch Handel – bloss umgekehrt

Trotz wachsendem Wohlstand und Prosperität macht China keine Anstalten, seine Politik zu demokratisieren. Wandel durch Handel habe nicht funktioniert, beklagen westliche Beobachter. Wirklich nicht? Vielleicht eben doch. Bloss in die andere Richtung. Der Westen beeinflusst nicht China, sondern China den Westen. Das Reich der Mitte ist zum unabdingbaren Glied in der globalen Wertschöpfungskette und zu einem der wichtigsten Absatzmärkte geworden. Chinas wirtschaftliche Übermacht hat westliche Länder toleranter gemacht gegenüber Werte- und Menschenrechtsverletzungen. Kaum ein Land kann es sich leisten, sich mit Peking anzulegen. Die USA können es. Und sie tun es, seit sie gemerkt haben, dass China ihre Weltführerschaft infrage stellt. Dass die USA unter Joe Biden versuchen, Allianzen zu bilden und sich dort, wo es nötig ist, gegen China zu stellen, ist die wirksamste Art, das internationale System vor autokratischen Tendenzen zu bewahren. Das passt vielen Ländern nicht, sie wollen sich nicht zwischen den USA und China entscheiden, sondern weiterhin mit allen Geschäften treiben. Doch die grosse Rivalität zwischen China und den USA wird dazu führen, dass man auf die eine oder andere Weise Farbe bekennen muss. Neutral bleiben wird schwierig. Auch für die Schweiz. *Gordana Mijuk*

Parlament

Schmerzlich vermisst wird: die Vorbildfunktion

Am Ende hat das Parlament die Kurve noch gekriegt. Nach einem nervenaufreibenden Hin und Her hat es am Freitag ein Covid-19-Gesetz verabschiedet, das man als taugliche Antwort auf die Pandemie bezeichnen darf. Der Weg dorthin war aber alles andere als eine Sternstunde: Es war viel Frust, Trotz und Feindseligkeit zu spüren in dieser Session, es gab einmalige Angriffe auf die institutionellen Grenzen, die Wissenschaft und sogar auf Bundesangestellte. Natürlich hat das Parlament alles Recht, die Corona-Politik der Regierung zu kritisieren. Und es ist richtig und wichtig, dass auch die Kritiker im Land ihre Stimme im Bundeshaus hören. Umgekehrt sollten die Volksvertreter wissen, dass ihr Verhalten nach aussen abfärbt. Was soll man von Anträgen halten, die gezielt die Handlungsfähigkeit der Politik in der Krise schwächen? Was vom Umstand, dass die Parlamentarier zwar alle mehr Corona-Tests fordern, sich aber ein Drittel selbst nicht testen lässt? Und was von einem Bundesrat Maurer, der sagt, er sei so «zäh», dass ihm eine Impfdosis reiche? Es ist ja durchaus eine Stärke unseres Milizsystems, dass die Politiker ein Abbild der Bevölkerung sind. Doch gerade in einer Krise wie dieser dürften sie ruhig auch Vorbild sein. *Daniel Friedli*

Ski-Weltcup

Der Skandal, der keiner ist

Geplant war ein Weltcup-Showdown mit Lara Gut-Behrami und Marco Odermatt im Fokus. Dann kam das schlechte Wetter – alle Speed-Rennen am Saisonfinale wurden gestrichen. Das schmälerte die Chancen der Schweizer und schürte den Ärger des Publikums. Doch die Kritik an den Verantwortlichen ist falsch, das Reglement liess ihnen gar keinen Spielraum. Der Weltcup zieht sich über mehrere Monate hin, gefahren wird draussen in der Natur. Zu den üblichen Wetterkapriolen kam dieses Jahr die Pandemie als besondere Herausforderung hinzu. Es ist eine grosse Leistung, dass es gelang, trotzdem eine Saison mit über sechzig Rennen und einer WM abzuwickeln. Dass ganz zum Schluss das Wetter nicht mitspielte, ist schlicht Pech. *Remo Geisser*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Nach dieser Krise braucht es eine Reform des Bundesrats

Die schweizerische Kollegialregierung ist letztlich ein Relikt aus der französischen Revolution. Ihre politische Durchschlagskraft liesse sich mit drei milden Massnahmen erhöhen, meint **Adrian Vatter**

Es war niemand Geringerer als Napoleon Bonaparte, der nach dem Einfall der französischen Truppen der Schweiz das noch heute gültige Direktorialsystem verordnete. Die Regierungsform in der Helvetischen Republik (1798-1803) war dabei nichts anderes als eine Kopie des kollegialen Direktoriums während der Französischen Revolution. Wenige Dekaden später griffen die Väter der Bundesverfassung von 1848 darauf zurück. Ein einzigartiger Regierungstyp war geboren: eine Exekutive ohne Regierungschef, ohne gemeinsamen Koalitionsvertrag und auch ohne gesicherte Mehrheiten im Parlament, auf die sich die Regierung verlassen kann.

Die Kritik an der bis heute unveränderten Regierungsorganisation reicht bis in den frühen Bundesstaat zurück und hat seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts zur Ausarbeitung zahlreicher Reformvorschläge geführt. Zusätzlich zu den sich im Laufe des 20. Jahrhunderts akzentuierenden Schwierigkeiten der Arbeitsüberlastung und der überhandnehmenden Departementalisierung wurde der Bundesrat in den letzten Dekaden mit neuen Problemen konfrontiert. Ein zunehmend polarisierter Parteienwettbewerb, Populismus und durch die Logiken einer medienzentrierten Demokratie hervorgerufene Personalisierungstendenzen machten dem Bundesrat das Regieren schwer. Seit einem Jahr wirkt zudem die Corona-Pandemie wie ein Brennglas und macht die strukturellen Schwächen unserer Exekutive noch einmal sichtbar. Umso dringender stellt sich die Reformfrage.

Sieht man von einem grundlegenden Wechsel zu einem parlamentarischen oder präsidentiellen System einmal ab, stehen sich im Kern zwei Reformvarianten gegenüber: eine horizontale Vergrösserung des Kollegiums auf neun – nach Vorliebe von alt Bundesrat Ogi gar elf, dreizehn oder fünfzehn – Mitglieder oder eine vertikale Erweiterung, indem dem Bundesrat ihm untergeordnete Fachminister zur Seite gestellt

würden. Allerdings erlitten beide Varianten bereits wiederholt Schiffbruch. Grosse Würfe stossen in der Schweiz bekanntlich auf breite Skepsis. Angesichts der kommenden Herausforderungen sollte aber zumindest mit kleinen Reformschritten nicht mehr allzu lange zugewartet werden. Ich möchte dazu drei Vorschläge unterbreiten:

1. Die gleichzeitige Listenwahl stärkt das Kollegialitätssystem: Die aufeinanderfolgende Einzelwahl, wie sie heute praktiziert wird, setzt falsche Anreize: Sie erlaubt es dem Parlament, missliebigen Regierungsmitgliedern einen Denkwort zu verpassen, und belohnt bundesrätliche Solisten, die sich auf Kosten der gemeinsamen Regierungsarbeit profilieren. Dem Teamgedanken zum Durchbruch verhelfen könnte eine geschlossene partei- und sprachenübergreifende Listenwahl der Regierung. Eine Siebner-Gesamtliste böte dem Wahlkörper nicht nur die Chance, den Grundgedanken der Konkordanz zu stärken, son-

dem entspräche auch der Logik des Kollegialitätsprinzips. Statt Ränkespiele zu schmieden, soll das Parlament ein geeintes Regierungsteam wählen.

2. Ein Präsidialdepartement erhöht die Planungs-, Leitungs- und Koordinationskapazitäten: Es ist eine Binsenwahrheit, dass die strategische Steuerungs- und Führungsfähigkeit des Bundesrates nur verbessert werden kann, wenn auch das Bundespräsidium als koordinierendes Organ gestärkt wird. Da die sieben einander gleichgestellt sind, gibt es keine Instanz, die für Leitung, Kohärenz und strategische Handlungsfähigkeit sorgt. Ein gestärktes Präsidium mit mehr Kompetenzen tut deshalb not. Ein Präsidialdepartement könnte nicht nur die Arbeit des Regierungsgremiums besser planen, sondern trüge mit seinen Stäben zu einer besseren Bewältigung ausserordentlicher Krisensituationen bei. Für dessen konkrete Ausgestaltung gilt es, aus den jüngeren kantonalen und städtischen Erfahrungen und Fehlern zu lernen.

3. Ein Konkordanzvertrag setzt Prioritäten: Minimale politische Kohärenz erfordert ein Mindestmass an inhaltlichen Eckpunkten, über die sich die Regierung zu Beginn einer Legislatur einig ist. Damit ist ausdrücklich nicht ein verbindliches Regierungsprogramm gemeint, wie es für Mehrparteienkoalitionen in parlamentarischen Systemen üblich ist. Im Zentrum steht vielmehr eine Absichtserklärung, welche Vorhaben in den nächsten vier Jahren prioritär realisiert werden sollen. Ein solcher bereits von alt Bundesrat Arnold Koller eingeforderter Konkordanzvertrag hält die wichtigsten Reformprojekte einer Legislaturperiode fest und dient der gemeinsamen Regierungsarbeit als solide Grundlage.

Ich bin überzeugt davon, dass diese drei Massnahmen dazu beitragen, die Regierungspolitik verlässlicher und berechenbarer zu machen, die strategische Staatsleitung zu verbessern und die Kollegialität auf Kosten der Parteiprofilierung zu stärken.

Adrian Vatter



Adrian Vatter, 55, ist seit 2009 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern mit Forschungsschwerpunkt Schweizer Politik. Ende 2020 erschien sein Buch «Der Bundesrat» bei NZZ Libro. Dieser Beitrag entstand im Rahmen einer Medieninitiative «Wie verändert Corona die Schweiz?» der Neuen Helvetischen Gesellschaft (NHG).